

Volks-Zeitung

Mit „Jede Woche Musik“ Moden-Zeitung Sport-Zeitung Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg. Techn. Zeitung Witzblatt „ULK“

Schiffbauersplatz 4, Berlin-Spandau... Druck und Verlags Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Marz erneut beauftragt

Vor der Bildung eines „überparteilichen“ Kabinetts - Kommunistische Radaupläne für die erste Reichstagesitzung

Berlin, 3. Januar. (W. Z. B. Antif.)

Nach den Besprechungen mit den Führern der Reichstagsopposition hat der Reichsführer der Reichspräsidenten über das Ergebnis der Aussprache Bericht erstattet. Er nach der von den Fraktionen eingenommenen Haltung die Bildung einer parlamentarischen Mehrheit...

Reichsführer Marz hatte am Sonnabend nachmittag nach einander den Vorsitzenden der deutschen nationalen Reichstagsopposition, Abg. Schiele, und den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsopposition, Hermann Müller, empfangen.

Über die getriggerte Sitzung des auswärtigen Ausschusses des Reichsrats wird folgendes amtliche Communiqué ausgegeben:

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichsrats, der im Bundesratsrat des Auswärtigen Amtes tagte, gab Reichsaussenminister Dr. Stresemann eine ausführliche Darstellung der gegenwärtigen Situation der auswärtigen Politik...

Die Weichmachtpolitik, die nach der optimistischen Auffassung mancher Kreise eine Befähigung der Parteigenossen und nicht zuletzt eine Befähigung zum Besseren bei der Volkspartei bringen sollte, hat diese Frucht nicht reifen lassen.

Nun sind also glücklicherweise alle Verhandlungen mit den Parteien gescheitert. Und wieder einmal will man seine Zukunft nähmen zu einem „überparteilichen“ Experiment. Die amtliche Erklärung spricht zwar nicht ausdrücklich von dieser Lösung, aber anders kann die Betragung des bisherigen Reichsführers Marz mit der Regierungsbildung nicht aufgefaßt werden.

Wie soll dieses Kabinett eine Mehrheit finden? Doch nur durch sozialdemokratische oder deutschnationale Unterstützung. Die Volkspartei macht aber nicht mit, wenn das Kabinett auf sozialdemokratische Unterstützung sich verläßt.

Jedenfalls kann ein Weg aus dem Wirrwarr nur gefunden werden, wenn Marz mit unbedingter Energie den an ihm ergangenen Ruf zur Führung aufnimmt und ver-

sucht, die Parteien durch ein sachliches, klares Programm zur Zusammenarbeit zu bringen.

Vorbereitungen im Reichstag

In Reichstags werden die letzten Vorbereitungen zum Empfang der Reichstagsabgeordneten getroffen. Zu der neuen Reichstag 493 Abgeordnete zählt gegenüber dem letzten Reichstag, der nur 472 Abgeordnete umfaßte, müssen 21 neue Plätze eingebaut werden.

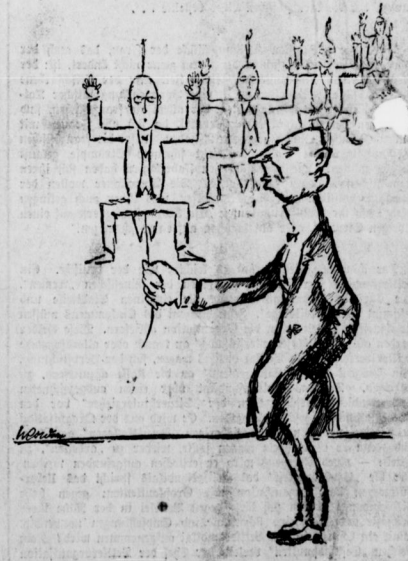
Zum Reichstag wird gleich bei Beginn der Reichshaus haltsplan für 1925 angefaßt werden. Zu erörtern ist auch noch der Haushaltsplan für 1924, der von dem vorhergehenden Reichstag wohl an einen Ausschuss verwiesen worden ist, wo er aber nicht zur Erledigung gelangte.

Montag auch Landtagsöffnung

Die Wahl des Präsidenten

Die Eröffnungssitzung des Landtags am Montag wird voraussichtlich nur von kurzer Dauer sein. Alterspräsident ist der Zentrumsabgeordnete Dr. Gerold. Er wird vier Mitglieder berufen. Ein Namensaufruf wie im Reichstag wird nach der Geschäftsordnung im Landtag nicht stattfinden.

Überparteiliches Kabinett



Schnelldienst

Wekern erschien in Berlin die erste Nummer des „Messager Polonais“, einer von der polnischen Regierung herausgegebenen Tageszeitung in französischer Sprache.

Der Streik der Studenten in Rairo hat an Umfang zugenommen; gegenwärtig befinden sich etwa 400 bis 500 Studierende im Auslande.

Der Modus vivendi für die Handelsbeziehungen zwischen Spanien und Brasilien, der am 31. Dezember 1924 abgelaufen war, ist bis zum 31. Dezember 1925 verlängert worden.

Der Präsident der französischen Republik, Doumergue, war zu Ehren des Infanterie in Paris weilenden tschechischen Botschafters ein Frühstück.

„In 48 Stunden“

Mussolinis Rede in der Kammer - Er übernimmt „alle Verantwortung“ - Salandra verläßt endlich die Regierungsmehrheit

Rom, 3. Januar. (Privat.)

Die Kammer ist voll besetzt. Als Mussolini eintritt, wird er mit Ovationen begrüßt. Mussolini beginnt seine Rede: „Gentile Artikel 47 der Verfassung können die Abgeordneten die Regierung vor den höchsten Gerichtshof zitieren. Wollen Sie davon profitieren? Die ganze Kammer schreit: Nein! Nein! Es habe Mussolini! Der Ministerpräsident fährt fort: „Dann sage ich mich selbst an!“ Mussolini stellt die zehnjährige Erfahrung, die 200.000 Verurteilungen, die unter dem Einfluß der nationalen Bewegung gewachsen sei, ohne aber irgendeine Konsequenz zu ziehen...

Man nennt uns eine Bande von Verbrechern! Nun gut! Ich übernehme die Verantwortung für alles, was geschah. Wenn ihr Wankeln steht, will ich euer Führer sein!

Mussolini macht ironische Bemerkungen zu verchiedenen Abgeordneten (Salandra), die unbekannt seien wie Bettlerhunden, und sagt, daß die Aventin-Partei die Republik vorbereite. (Die Kammer ruft: Es lebe der König!) Die Aventin-Partei ist verantwortlich für die terroristischen Akte, die gegenwärtig stattfinden. Wenn ich nur den hundertsten Teil der Verbrechenden gegenwärtigen Kraft angewandt hätte, um meine Feindes gegen ihre Widerfolger zu schützen, würde man wunderbare Dinge erlebt haben. (Ungehörige Ovationen.) Aber ich gebühre meine Kraft nur dem, wenn es nötig ist. In 48 Stunden wird sich die Situation in Italien geklärt haben.“

Darauf brachte die Opposition, einschließlich Salandra und Orlando, eine Tagesordnung gegen die Regierung ein. Mussolini verweigerte Verjährung der Diskussion um ein halbes Jahr, worauf die Opposition die Tagesordnung zurückgab. Abdam vertrat sich die Kammer.

Mit Interesse erwartet man, was Mussolini unter der Abkündigung der Lage binnen 48 Stunden verfaßt. Man rechnet mit weiterer Gewaltmaßnahmen. Die Mittelreihe hat Salandra und eine Minderheit seiner Partei die Regierungsmehrheit verlassen. Hunderttausend Konfessionelle bleiben bei Mussolini.

Tschechoslowakei und Balkanbünd

Keine Beteiligung an antirussischen Kombinationen

Prag, 3. Januar. (W. Z. B.)

Das dem Außenministerium nachstehende Legationsorgan „Radni Osvozojeni“ veröffentlicht einen Artikel über die Bildung eines antirussischen Balkanbündes. Die Behauptung, daß Südslawen, Rumänen und Bulgaren ernstlich von einer bolschewistischen Gefahr bedroht wären, sei übertrieben. Gegen die kommunistischen Parteien der genannten Staaten genügt innerpolitische Mittel. Ein Staatenbünd zu diesem Zweck sei überflüssig. Den Hintergrund der Beratungen der Balkanstaatsmänner bilden jedoch eine große internationale Aktion der englischen konservativen Regierung gegen die Sowjets. In der russischen Frage haben die Staaten der kleinen Entente einander freie Hand gelassen und die Tschechoslowakei habe keine Ursache, ihre einmal eingenommene Linie zu ändern, um so mehr als Gefahr bestehe, daß bei einem Angriff gegen den Bolschewismus Rußland getroffen werden könne. Es wäre bedenklich, sich zum Vorkämpfer des englischen Imperialismus zu machen.